



Niederschrift 11. öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 26.11.2020	
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr	19:07 Uhr
Sitzungsende:	18:25 Uhr	19:09 Uhr
Ort, Raum:	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81	

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzende

Frau Jana Schulze DIE LINKE

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Hagen Wegewitz	SPD	
Herr Pete Heuer	SPD	
Frau Wiebke Bartelt	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Dr. Mechthild Rüniger	Bündnis 90/Die Grünen	anwesend ab 18:08 Uhr (TOP 3)
Herr Sascha Krämer	DIE LINKE	
Herr Götz Thorsten Friederich	CDU	anwesend ab 18:02 Uhr (TOP 2)
Herr Christian Kube	DIE aNDERE	
Herr Daniel Friese	AfD	

Nicht anwesend sind:

zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch Bürgerbündnis entschuldigt

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Frau Dr.med. Carmen Klockow Bürgerbündnis entschuldigt

Gäste:

Frau Sylvia Maybaum, Komm. Bereichsleiterin Steuerung Rechnungswesen (118)

Frau Sylvia Hofmann, Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes

Herr Patric Martens, Prüfungskoordinator und stellvertretender Leiter des Rechnungsprüfungsamtes

Schriftführerin:

Frau Andrea Rüniger, Rechnungsprüfungsamt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 08.10.2020 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Mitteilungen der Verwaltung
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Jahresabschluss 2017 der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) sowie Entlastung des Oberbürgermeisters
Vorlage: 20/SVV/1285
Oberbürgermeister, Fachbereich Rechnungswesen und Steuern

Niederschrift:

Öffentlicher Teil (18:00 Uhr bis 18:25 Uhr)

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 08.10.2020 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Zu Beginn der Sitzung sind sieben stimmberechtigte Mitglieder anwesend, damit ist der Rechnungsprüfungsausschuss **beschlussfähig**.

Die Vorsitzende informiert über eine Änderung der Ausschussbesetzung. Neues Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rechnungsprüfungsausschuss ist Frau Dr. Rüniger; Herr Dörschel ist Stellvertreter.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erteilt die Vorsitzende Herrn Kube das Wort. Herr Kube informiert, dass er nicht im Besitz eines Gremienlaptops sei und damit keinen Zugriff auf nicht öffentliche Sitzungsunterlagen habe. Er sei irritiert, da er den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes zum Jahresabschluss 2017 der LHP nicht wie üblich in Papierform erhalten habe. Seine Fraktion habe ihm den Schlussbericht zukommen lassen.

Frau Hofmann erläutert die Besonderheit dieses Prüfungsberichtes. Der Schlussbericht zum Jahresabschluss ist eine nicht öffentliche Anlage zur

Drucksache des Jahresabschlusses, im Ratsinformationssystem (RIS) eingestellt und in der nicht öffentlichen digitalen Aktenmappe für die Stadtverordneten sichtbar. Die unterjährigen, vertraulichen Prüfungsberichte des Rechnungsprüfungsamtes können aus sicherheitstechnischen Gründen noch nicht ins RIS eingestellt werden und werden in Papierform ausgereicht.

Herr Kube bittet zukünftig um einen Hinweis, wenn es nicht öffentliche Unterlagen für den Rechnungsprüfungsausschuss gibt, die nicht in Papierform ausgereicht werden.

Die Ladung erfolgte **ordnungsgemäß**.

18:02 Uhr: Herr Friederich nimmt an der Sitzung teil; damit sind acht stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 08.10.2020 gibt es keine Einwendungen; die Niederschrift wird **bestätigt**.

Die Vorsitzende schlägt vor, den **öffentlichen Tagesordnungspunkt 4.1, Drucksache 20/SVV/1285**, betr. Jahresabschluss der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) sowie Entlastung des Oberbürgermeisters, **und den** zur Drucksache 20/SVV/1285 gehörenden **nicht öffentlichen Tagesordnungspunkt 6.1**, betr. Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses 2017, **im Zusammenhang zu behandeln** und im Anschluss über die Drucksache 20/SVV/1285 im öffentlichen Teil abzustimmen.

Die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung wird mit den o. g. Änderungen in der Reihenfolge der Tagesordnungspunkte **bestätigt**.

Die Vorsitzende fragt, ob die Fenster geöffnet bleiben können. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Sie schlägt zudem eine Lüftungspause nach der Präsentation zum Jahresabschluss 2017 (Tagesordnungspunkt 4.1) vor.

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

Frau Hofmann teilt mit, dass in Absprache mit der Beigeordneten für Bildung, Kultur, Jugend und Sport Frau Aubel im heutigen Jugendhilfeausschuss und im Rechnungsprüfungsausschuss eine gleichlautende Präsentation über den **Sachstand der Beauftragung zum Gutachten der Berechnung der fehlerhaften Kita-Elternbeiträge 2015 bis 07/2018** erfolgen soll. Folgendes teilt die Verwaltung mit:

Für die im Entwurf fertiggestellten Vergabeunterlagen seien die Arbeitspakete der Leistungsbeschreibung und die Kriterien der Bewertungsmatrix erstellt. Der geschätzte Auftragswert werde voraussichtlich den Schwellenwert von 214 TEUR netto übersteigen. Frau Hofmann erläutert das in Frage kommende Vergabeverfahren „Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb“. Die Dauer des Vergabeverfahrens werde insgesamt max. neun Monate betragen. Die Beauftragung soll noch vor der Sommerpause erfolgen. Die weiteren Schritte sind u. a. Information des Personalrates und Veröffentlichung auf dem Vergabemarktplatz Brandenburg.

zu 4 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 4.1 **Jahresabschluss 2017 der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) sowie Entlastung des Oberbürgermeisters**

Vorlage: 20/SVV/1285

Oberbürgermeister, Fachbereich Rechnungswesen und Steuern

Dieser Tagesordnungspunkt wird zusammen mit dem zur Drucksache 20/SVV/1285 gehörenden nicht öffentlichen Tagesordnungspunkt 6.1, Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses 2017, behandelt.

Für den Fachbereichsleiter Rechnungswesen und Steuern (11) Herrn Schmidt ist in Vertretung Frau Maybaum, komm. Bereichsleiterin Steuerung Rechnungswesen (118), anwesend. Frau Maybaum erläutert die wesentlichsten Eckdaten zum Jahresabschluss 2017 und geht dabei insbesondere auf Folgendes ein:

- Gewerbesteuer und übertragene Haushaltsermächtigungen 2017
- formeller und struktureller Haushaltsausgleich 2017 (Ergebnislage und Entwicklung der Steuererträge)
- übertragene Haushaltsermächtigungen im Ergebnishaushalt 2016 – 2018
- Bilanz der LHP
- Entwicklung der Finanzrechnung 2013 – 2017
- Ausblick Jahresabschluss 2018 bis 2020 (Ergebnisentwicklung und Vorlage der Jahresabschlüsse).

Die Fragen von Herrn Heuer und Herrn Friederich zu den nachfolgenden Themen werden von Frau Maybaum beantwortet:

- Haushaltsübertragungen 2017
- Jahresergebnis und bilanzieller Überschuss 2017
- Ergebnis des vorläufigen Jahresabschlusses 2018.

Zur Nachfrage von Frau Dr. Rürger hinsichtlich eines Benchmarking mit Blick auf die Entwicklung der steigenden konjunkturabhängigen Leistungen/Aufwendungen, z. B. in den Bereichen Soziales und Kultur, verweist die Vorsitzende auf die Zuständigkeit des Finanzausschusses.

Die Vorsitzende fragt, ob eine Pause zum Lüften für notwendig angesehen oder gewünscht wird. Dies wird von allen Anwesenden verneint.

Anschließend wird mit dem nicht öffentlichen Teil der Sitzung fortgefahren.

Öffentlicher Teil (19:07 Uhr bis 19:09 Uhr)

Fortsetzung TOP 4.1

Jahresabschluss 2017 der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) sowie Entlastung des Oberbürgermeisters

Vorlage: 20/SVV/1285

Beschlussvorschlag:

Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt, die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den vom Kämmerer aufgestellten und vom Oberbürgermeister am ...10.2020 festgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 in der vorliegenden Fassung (Anlage 1). Der Jahresabschluss weist in der Ergebnisrechnung einen Gesamtüberschuss von 45.666.351,38 EUR aus. Der Gesamtüberschuss ergibt sich aus dem Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit von 43.348.267,55 EUR, dem Finanzergebnis von 639.818,93 EUR und dem außerordentlichen Ergebnis von 1.678.264,90 EUR.
2. Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt darüber hinaus alle im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten bekannt gewordenen unabweisbaren über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Haushaltsjahres 2017 (Anlage 2). Die Unabweisbarkeit wurde durch das Rechnungsprüfungsamt im Rahmen der Jahresabschlussprüfung bestätigt.
3. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses 2017 zur Kenntnis.
4. Dem Oberbürgermeister wird, entsprechend der Empfehlung des Rechnungsprüfungsamtes, nach § 82 Absatz 4 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) uneingeschränkte Entlastung für das Haushaltsjahr 2017 erteilt.
5. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass Haushaltsermächtigungen für Aufwendungen/Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 34.233.750,25 EUR (mit Wirkung auf Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt) sowie für Investitionsauszahlungen in Höhe von 54.322.385,50 EUR vom Haushaltsjahr 2017 in das Haushaltsjahr 2018 übertragen werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	1

Anschließend wird mit dem nicht öffentlichen Teil der Sitzung fortgefahren.

Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 21.01.2021

betr. Grundsatzbeschluss für die Anwendung alternativer Sitzungsformate gemäß BbgKomNotV

Einreicher: Jana Schulze, Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses

Beschlussvorschlag:

Der Rechnungsprüfungsausschuss möge beschließen:

Zur ordnungsgemäßen Durchführung der Sitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses werden gemäß der Verordnung zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit der kommunalen Organe in außergewöhnlicher Notlage (Brandenburgische kommunale Notlagenverordnung - BbgKomNotV) folgende Regelungen getroffen:

Aufgrund der aktuellen Pandemielage sieht es der Rechnungsprüfungsausschuss als erforderlich an, die nachfolgenden in der BbgKomNotV bestimmten Abweichungen für die zukünftigen Sitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses anzuwenden.

Zukünftige Sitzungen werden als Präsenzsitzung oder Videositzung durchgeführt. Beschlüsse über Beratungsgegenstände, welche in dem Verfahren nach § 5 BbgKomNotV (Präsenzsitzung) oder § 6 BbgKomNotV (Videositzung) behandelt wurden oder bei denen im Rahmen einer Sitzung auf eine Vorberatung verzichtet wurde, können auch im schriftlichen Umlaufverfahren (§ 8 BbgKomNotV) gefasst werden.

Im Rahmen der Abweichungen ist der Grundsatz der Öffentlichkeit unter Berücksichtigung der Maßgaben des § 9 BbgNotKomV zu beachten.

Für die Sitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses wird in der Regel

- eine Tagesordnung mit allen abzuhandelnden öffentlichen Drucksachen sowie allen nicht öffentlichen abzuhandelnden Punkten aufgestellt. Diese Sitzungen werden grundsätzlich als reguläre Sitzungen unter Beachtung der Maskenpflicht und Abstandsregelung durchgeführt (Präsenzsitzungen).
- Sollte im Ergebnis der Erforderlichkeitsprüfung eine Sitzung per Videokonferenz durchgeführt werden, so beinhaltet die Tagesordnung ausschließlich öffentliche Drucksachen, die mit einer Empfehlung an die Stadtverordnetenversammlung oder an den Hauptausschuss zurückgegeben werden, öffentliche Mitteilungsvorlagen und sonstige öffentliche Punkte. Die Nutzungsrichtlinie für Videokonferenzen der StVV ist zu berücksichtigen.

Vor jeder Sitzung obliegt dem Vorsitzenden/der Vorsitzenden im Einzelfall die Entscheidung, von welcher Form er tatsächlich Gebrauch machen wird. Dies ist entsprechend zu dokumentieren.

Diese Regelung behält ihre Wirksamkeit, bis der Inzidenzwert unter 50 sinkt, längstens jedoch bis zum Außerkrafttreten der BbgKomNotV.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung: